

Die Zensur-Debatte im Reichstag.

55. Sitzung vom 30. Mai.

Fortsetzung.

Abg. Gothein (Vp.) fortfahrend: Die Stuttgarter Hofverwalter stellt der Friedensgesellschaft für diese Tätigkeit Räumlichkeiten zur Verfügung, hier aber steht sie derartig unter der Zensur! Während wir in Deutschland stolz darauf sind, daß die englischen und französischen Zeitungen hereingelassen werden, ist nicht die geringste ausländische pazifistische Literatur zugelassen und der Verkehr der Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft mit ihren ausländischen Gesinnungsgenossen wird in jeder Weise behindert, was geradezu eine schwere Schädigung deutscher Interessen im Auslande ist, weil diese Männer die Meinung des neutralen Auslandes zugunsten Deutschlands beeinflussen könnten, die durch die bei Kriegsbeginn im Ausland verbreiteten Broschüren Chamberlains u. a. m. auf das schwerste geschädigt wurde. Der Friedensgesellschaft sind geschlossene Mitgliederveranstaltungen verboten, der Alldeutsche Verband aber durfte eine Vorstandssitzung abhalten, die den größten Saal einer großen Stadt füllte. (Hört! Hört! links.) Dr. Lewald hat letzthin die Briefsperrre mit einer Äußerung des früheren Staatssekretärs des Reichspostamts Dr. Sydow rechtfertigen wollen. In dieser Äußerung ist aber von der verfassungsrechtlichen Frage keine Rede. Auch gegen die Friedensgesellschaft wurde die Briefsperrre angewandt, die in diesem Falle eine Lächerlichkeit war, in anderen Fällen aber auch keinen Zweck hat, denn wenn jemand weiß, daß er unter Briefsperrre steht, dann bezieht er seine Post doch unter Deckadresse. Ein Rattowitzer Bankier, der keineswegs unter Spionageverdacht stehen kann, stand unter Briefsperrre. Ein Brief aus der zwei Meilen von Rattowitz entfernten Stadt Beuthen lag 48 Stunden bei der Zensur, einer aus Erfurt 55 Stunden. (Hört, hört! links.) Die Familienmitglieder und Diensthofen des Herrn erhalten aber ihre Briefe ohne Sperre. Vor einer solchen Sperre ist niemand geschützt, denn jede Denunziation genügt, um sie herbeizuführen. Von davon Betroffenen wird dann noch verboten, etwas von den Verfügungen zu sagen, selbst ihre nächsten Familienangehörigen sollen nichts davon mitteilen. (Hört! Hört!) Die Alldeutschen leiden viel weniger unter solchen Maßnahmen als die Friedensbewegung.

Die gesamte Frauenbewegung

ohne Unterschied der Parteirichtung steht unter Briefsperrre. (Hört! Hört!) Diese Maßnahmen haben die verhängnisvolle Wirkung, daß im Auslande der Eindruck entsteht, in Deutschland sei allein maßgebend die Richtung, die jede friedliche Gemeinschaft der Welt bekämpft. In der Filmzensur ist eine Einheitlichkeit dringend erforderlich. Herr Dr. Dertel rühmte die kommandierenden Generale wegen ihres Kampfes gegen die Fremdwörter. Dieser Kampf treibt aber die fonderbarsten Blüten. So hat der General von Kraupisch dem Inhaber eines großen Schokoladengeschäfts in Glogau verboten, die Bezeichnung „Bonbons“ auf seinem Firmenschild weiter zu führen. Der Mann hat in einem Schreiben die Berechtigung dieses Verbots bestritten und dem General empfohlen, er müsse erst in seinen eigenen Briefen mit der Sprachreinigung beginnen. Der Brief des Generals enthielt nämlich verschiedene Fremdwörter. (Hört.) Daraufhin drohte der General, er werde den Mannschaften und Offizieren verbieten, in einem so wenig patriotisch geführten Geschäft ihre Einkäufe weiter zu machen. (Hört! Hört! links.) Der Beschler wehrte sich sehr energisch dagegen und betonte, er sei mindestens ebenso patriotisch wie der General. Der General fühlte sich beleidigt und klagte, der Geschäftsinhaber wurde aber, nachdem er vorher zu 100 M. verurteilt worden war, vom Reichsgericht freigesprochen. Mit solchen Rinkertigkeiten (Sehr gut! links) beschäftigen sich also die Militärbehörden. Ich bin durchaus für Sprachreinigung, aber das geht weder Polizei noch Militär etwas an. (Sehr richtig! links.) Man kann dieses ewige Hineinmischen mit dem Goetheischen Wort kennzeichnen: „In jeden Quark begräbt er seine Nase.“ (Sehr gut! links.) Die Schutzhaft wurde vom Regierungsrat damit verteidigt, sie erfolge nur gegen Leute, die spionageverdächtig sind. Wir sind viele Fälle bekannt, wo von solchen Gründen gar keine Rede sein kann. Ich will sie hier nicht anführen. Ein hochangesehener Berliner Großkaufmann wurde ohne jede Angabe von Gründen in Schutzhaft genommen. Später stellte sich heraus, daß der Spionageverdacht entstanden war durch einen Brief, in dem von Lieferungen dieses Kaufmanns nach Ausland die Rede war. Tatsächlich handelte es sich aber um Lieferungen für die deutschen Behörden im besetzten russischen Gebiet. Darum wurde der Mann also in Schutzhaft gehalten. (Hört! Hört! links.)

Die Zwangsinternierung

ist auch ein besonderes Kapitel. Ein Pfarrer Scheer aus dem Elsaß ist in einem kleinen Nest in der Lüneburger Heide interniert, obwohl derselbe Pfarrer vor dem Kriege in einer Versammlung in Frankfurt den Franzosen gesagt hatte, die Elsaß-Lothringer wollten gar nicht wieder Franzosen werden, sondern bei Deutschland bleiben. Ueber diese Internierungen könnten wir überhaupt viele überraschende Mitteilungen machen. Wir unterlassen es nur mit Rücksicht auf die jetzige ernste Zeit. Nach dem Kriege wird über diese Art der Militärkategorie sehr eingehend zu sprechen sein. Der Staatssekretär hat bedauert, daß diese Dinge im Plenum zur Sprache gebracht werden konnten. Wir bedauern das auch und wir haben unsere Klagen immer nur in der Kommission vorgebracht. Was hat es aber genutzt? Es ist nicht besser, sondern schlimmer geworden. (Sehr wahr! links.) So waren wir leider gezwungen, diese Fragen hier vor der Öffentlichkeit zu besprechen. Es kann doch nicht so weiter gehen mit der absoluten Willkür jedes einzelnen Kommandanten. (Sehr richtig! links.) Wir erkennen mit der Regierung an, daß die Zensur ein Uebel ist, auch daß sie bis zu einem gewissen Grade notwendig ist, nicht nur in militärischen Dingen, sondern auch

in Fragen der auswärtigen Politik.

In dieser ersten Stunde ist Zurückhaltung eine patriotische Pflicht. Gerade diejenigen untergroben doch jetzt die Autorität der Regierung, die sonst immer den Grundriss predigen: Autorität, nicht Majorität! In den vertraulichen Kommissionsberatungen haben die Vertreter der härtesten Tonart dem Reichstanzler gegenüber keine Lippe risiert, nachher haben sie aber in derselben Weise wie vorher geschrieben oder in ihren Parteisitzungen geredet. Das führt doch geradezu zur politischen Kanakerei. Wir verlangen aber, daß die Regierung für die Handhabung der Zensur die Verantwortung übernimmt. Soweit die Zensur nicht militärische Fragen betrifft, soll sie auch nicht von militärischen Stellen ausgeübt werden. Wenn die Regierung unter Berufung auf die gesetzlichen Grundlagen des Belagerungszustandes die Uebernahme der Verantwortlichkeit für unmöglich erklärt, dann muß eben das Gesetz über den Belagerungszustand geändert werden. Geht das im Kriege nicht, so schafft man ein Notgesetz und ein Kriegsgesetz wie für die Ernährung. Dann wird der Reichstanzler auch die Verantwortung übernehmen und es wird eine Einheitlichkeit geschaffen werden. Der Reichstag ist einig, daß es so nicht weiter gehen kann. Allerdings sind wir nicht zu dem Druck auf den

Bundesrat entschlossen, den Abg. Dittmann von uns verlangt. Er hat auf 1848 hingewiesen. Damals stand aber nicht der Feind vor den Toren! (Sehr wahr!) Wir haben zu viel patriotisches Verantwortungsgesühl, um den Etat und den Kriegskredit abzulehnen, wir erwarten das selbe Gefühl vom Kanzler und Bundesrat. Mögen sie der heutigen Not der Zensur gedenken und sich des Wortes erinnern, daß Kriege nicht nur mit Heeren und Waffen zu führen sind, sondern vor allem mit dem Volk! (Lebh. Beif. b. d. Vp.)

Abg. Dr. Strefemann (NfL): Das vom Abg. Dr. Pfeifer kritisierte Flugblatt des Evangelischen Bundes stammte aus dem Jahre 1912. Die beruhigende Feststellung dieser Tatsache wurde von der Zensur verhindert. (Hört! Hört!) Das Flugblatt ist nicht verbreitet worden. — Den in Schutzhaft genommenen müssen Rechtsicherheiten gewährt werden, ab es ist im Kriege sehr leicht möglich, daß man durch einen starken Spionageverdacht zur Verhaftung geführt wird, da die Beweiskette lückenlos geschlossen ist. Kampf gegen Fremdwörter ist nicht Sache der kommandierenden Generale, aber Wandel auf diesem Gebiet ist nötig.

Herrn Koske erwidere ich, daß wir die Meinungsfreiheit nicht nur für uns wollen. Ich habe seinerzeit auch die Zensur einer sozialdemokratischen Reichstagsrede verurteilt, ich werde mich so wohl gegen die Buchsperrre über Herrn v. Liebig wie über Prof. Quibbe, gegen Beschränkung der Friedensgesellschaft ebenso wie des Alldeutschen Verbandes. Gleiches Recht für alle! Die Entschließung unseres Zentralvorstandes mußte hier ins Stenogramm gebracht werden. Denn draußen darf sie nicht gedruckt werden. Aber ein gemeiner und böshafter Anwurf Sardens, der unsere Haltung als Geschäft hinstellt, darf im Deutschen Reich verbreitet werden! (Hört, hört!) Ich habe mich seinerzeit gegen das Verbot der „Zukunft“ gewendet, ich bin auch jetzt nicht für ein Verbot, aber man mache sich auch nicht an, Entschließungen der Parteien dieses Hauses zu verbieten! Vor der letzten Kriegsziele des Kanzlers wurde der Presse mitgeteilt, daß sie Kommentare nur im Sinne der Kanzlerrede vornehmen dürfe! (Hört! Hört.) Keine militärische Stelle hat etwas gegen unsere Entschließung, das geht vom Auswärtigen Amt aus oder vom Reichskanzler. Die militärischen Stellen haben uns gegenüber selbst ihr Bedauern ausgesprochen, daß sie

den Druck hinhalten müssen

für solche Zensuranweisungen. Gewiß, militärische Fragen müssen aller nichtzuständigen Einwirkung entzogen bleiben. Aber warum will Herr Gothein auch in außerpolitischen und wirtschaftlichen Fragen das Parlament ausschalten und die Autorität der Regierung stabilisieren als einen Rocher de bronze?

Gewiß ist auch bei uns eine starke Friedensstimmung im Heer und Volk vorhanden. Aber nach unserer Ueberzeugung dienen die von uns geforderten Methoden der Abklärung, nicht der Verlängerung des Krieges. (Sehr wahr! b. d. NfL u. rechts.) Wenn Sie, Herr Koske, das deutsche Volk mit Stimmzetteln abstimmen lassen, ob es sich Herrn Wilson, den Beschüher der Waffenlieferungen Amerikas und des englischen Aushungerungsrieges, als Friedensvermittler gefallen lassen will, so würden Sie nur eine verschwindende Minderheit erhalten. Wir weisen die Hand des Herrn Wilson zurück. (Stimm. Zusp. rechts, i. Str. u. b. d. NfL. — Stimm. Widerspr. b. d. Soz.) Die Vermittlung eines wirklich Neutralen wäre etwas ganz anderes.

Wir sehen in der von uns geforderten Art des Uebertragens in Uebereinstimmung mit den von uns vertretenen Millionen des Volkes und unserer Gesinnungsgenossen draußen ein Mittel zur Abklärung des Krieges und zur Herbeiführung des Friedens, den wir genau so wünschen wie Sie! (Lebh. Zusp. rechts u. b. d. NfL.) Darum waren die Angriffe des Abg. Koske unberechtigt. Zu Herrn Dittmanns Klagen über Immunitätsverletzungen kann ich nur sagen, daß die Unverletzlichkeit der Abgeordneten dort aufgehört, wo der Landesverrat beginnt. (Sehr wahr!) Nach Herrn Dittmann hätte gegen Herrn Bettele nichts unternommen werden können, wenn er in Deutschland geblieben wäre. Ich habe das Vertrauen zu den Militärbehörden, daß sie nur bei zwingender Notwendigkeit vorgehen werden. Die Entscheidung haben ja wir. Mit solchen Ausführungen, wie denen Dittmanns, unterfällt man nur die ausländischen Angriffe. Die Regierung aber frage ich, ob sie unseren Forderungen nicht endlich entgegenkommen will. Ihr kann doch der Wert eines starken Reichstags gerade in dieser Zeit nicht verborgen sein. (Lebh. Beif. b. d. NfL.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Der Reichstanzler kann nur für diejenigen Maßnahmen der Zensur die Verantwortung übernehmen, die von ihm oder den ihm nachgeordneten Stellen ausgehen. Jeder Mensch kann nur für das verantwortlich sein, was in seinem Machtbereich geschieht. Bezüglich der Entschließung des nationalliberalen Zentralvorstandes stelle ich fest, daß in diesem Falle eine Verantwortung den Reichstanzler nicht trifft. Das Verbot der Veröffentlichung ist erfolgt, ohne daß nach unserer Kenntnis von irgendeiner zivilen Stelle eine Anregung ergangen ist. (Abgeordneter **Vassermann** (NfL): Na, na!) Ich muß noch bitten, daß meinen Worten Glauben geschenkt wird. Es wurde betont, daß der „Zukunft“ gestattet worden sei, jede Kritik zu üben. Ich mache darauf aufmerksam, daß die letzte Nummer der „Zukunft“ der Beschlagnahme verfallen ist. Es ist nicht das erste Mal, daß so eingegriffen worden ist. Was die Gesamtheit der Zensur anlangt, so sind organisatorische Maßnahmen ergriffen worden, um die unangenehmen und schädlichen Wirkungen der Zensur nach Möglichkeit abzuschwächen. Es wurde eine Oberzensurstelle geschaffen, deren Wirkungen anerkannt werden. Auch die Gebiete, auf die sich die Zensur erstreckt, sind beschränkt worden. Als Staatssekretär des Reichsschatzamt habe ich dahin gewirkt, daß die Aussprache über die Steuerfragen nicht eingeschränkt wurde. Die Öffentlichkeit konnte sich auch in den Parteiverfassungen darüber aussprechen. Wenn Versammlungen verboten wurden, so habe ich dafür gesorgt, daß das Verbot rückgängig gemacht wurde. Wir hoffen, daß wir

zu einem Abbau der Zensur

kommen. Die vollständige Beseitigung der Zensur, auch über die Friedensziele, ist leider noch nicht möglich. (Zuruf: Warum nicht?) Ich habe von meinem Platte aus wohl beobachtet, daß die Ausführungen der Vinken über diese Frage bei der Rechten Widerspruch fanden und umgekehrt. Zum Kriegführen gehört aber Disziplin, nicht allein auf rein militärischem Gebiet, sondern auch auf politischem. Solange die Gesichtspunkte innerhalb des deutschen Volkes sich in scharfer Gegenätzlichkeit gegenüberstehen, wäre es bedenklich, die Aussprache ganz freizugeben. Für uns muß immer nur der eine Gesichtspunkt vor allen anderen vorgehen, nämlich der, den Krieg siegreich durchzuführen. Behalten Sie nur immer dieses Ziel im Auge, unterwerfen Sie sich ihm auch, wenn es Opfer der persönlichen Ueberzeugung kostet und wenn es Ihnen recht schwer fällt. (Beifall.)

Abg. v. Graefe (Lof.): Es ist gewiß notwendig, einzelne Mißgriffe der Zensur hier zur Sprache zu bringen, aber wir können nicht einer Kritik folgen, die das ganze System als Wachstuden-

Jurisprudenz verurteilt und von unserer Wirtschaftspolitik ein Bild entwirft, die bei unseren Feinden falsche Hoffnungen erwecken muß. Wir müssen doch berücksichtigen, daß gegen unsere Frauen und Kinder ein Aushungerungsrieg verübt wird und daß das ist doch noch kein Grund für das Verbot. (Sehr gut! rechts.) Es ist auch nicht mit einer gesunden Logik zu vereinbaren, daß Herr von Jagow sich gegenüber der Sudetschrift gegen Herrn v. Heydebrand in sein Ressort-Schneckenhaus verzieht. Es ist bei unserer Zensur immer so, daß man alle süßsaure Flaumaderie durchläßt, dagegen jedes starke Wort, das deutsches Bewußtsein zeigt, verbietet. Lebhaftige Zustimmung rechts.) Dr. Lewald hat den Gesmack verloren, die Schärferische Petition, hinter der Hunderttausende gut deutsch empfindender Männer stehen, in einem Atemzug zu nennen mit Liebtnecht, der wegen Landesverrats im Gefängnis sitzt. (Hört! Hört! rechts.) Wenn man die Zensur anwendet, um üble Wirkungen deutscher Preßzeugnisse auf das Ausland zu vermeiden, dann müßte man vor allem auch

die Kanzlerreden und Kanzler-Interviews verbieten.

(Sehr gut! rechts.) Ganz abgesehen von dem unglücklichen Wort über das „Unrecht gegen Belgien“ betrachten Sie doch mal die Wirkung der letzten Kanzlerreden und Interviews im Auslande. Die feindliche Presse steht darin einen „mastierten Nildzug“ und der eigenartige Friedensengel Wilson wird dadurch ermutigt, Deutschland erst „niederzujagen“ und ihm dann die Friedenshand zu reichen. Wenn das die Wirkung der Kanzlerreden ist, dann müßte eigentlich die Zensur schleunigst gegen ihre Verbreitung einschreiten. (Lebh. Zustimmung rechts.) Im Volke sagt man uns: Entweder Ihr im Reichstag seid eine traurige Gesellschaft ohne Mut, wenn Ihr nicht wenigstens an dieser Stelle ein kräftiges deutsches Wort sagt, oder die vertraulichen Mitteilungen des Reichstanzlers haben Euch wirklich überzeugt, daß Euer früherer Standpunkt falsch war. Diese letzte Auslegung ist die bedenklichste. (Sehr richtig! rechts.) Wir erklären, daß sich unser Standpunkt gar nicht geändert hat. (Lebh. Zustimmung rechts.) Geben Sie uns die Freiheit, unsere Meinung zu sagen. (Beifall.) Den Furor teutonius sollten die Nachhader nicht unterschätzen. Die Nachhader haben früher einmal auch Dummig verschuldet. (Sehr gut! rechts.) Es darf sich nicht eine chinesische Mauer aufziehen um den Mann, zu dem die wahre Meinung des Volkes dringen sollte. (Beifall rechts.) Das Volk hat alles für das Vaterland hergegeben, geben Sie nun auch dem Volke, was des Volkes ist. Geben Sie ihm das Mitbestimmungsrecht über seine Zukunft! (Beifall und Zurufe links.) Das verlangen wir ja seit jeher! Sorgen Sie, daß nicht die tintige Feder das vernichtet, was das blutige Schwert errungen hat. (Lebh. Beifall rechts.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow: U. v. Graefe sagte: Ich hätte hier eine zornige Erklärung abgegeben. Das lag durchaus nicht in meiner Absicht, ich habe rein sachlich ausinandergesetzt, weshalb ich in dem einen Falle die Zensur um ihre Einwirkung gebeten habe, in dem anderen Falle nicht. Die Verbreitung des v. Heydebrand'schen Artikels wäre in einem Moment erfolgt, wo sie vom Standpunkt der auswärtigen Politik aus nicht zugelassen werden konnte. Wenn nachher Herr v. Heydebrand in einem Artikel der „Zukunft“ angegriffen worden ist, so kann ich das wohl sehr bedauern, aber zu einem Einschreiten der Zensur lag ein Anlaß in diesem Moment nicht mehr vor; wenigstens hätte das Auswärtige Amt keinen Grund zu einem Eingreifen gehabt. Abg. v. Graefe hat mich ferner verantwortlich gemacht für einen Artikel der „Frankfurter Zeitung“, der übrigens nicht von Herrn Stein, sondern meines Wissens von der Redaktion verfaßt wurde. Das Auswärtige Amt hat mit diesem Artikel nichts zu tun.

Abg. Stadthagen (Soz. U.): Wenn es den Abgeordneten, die Herrn v. Graefe zugestimmt haben, ernst ist mit der Forderung des Mitbestimmungsrechts des Volkes, dann müßten sie für die Aufhebung der Zensur und des Belagerungszustandes stimmen. Für die Verletzung der Immunität des Abg. Herzfeld, über die mein Freund Dittmann Beschwerde führte, haben wir noch keine Erklärung gehört. Ich wundere mich, daß die bürgerlichen Abgeordneten nicht härter gegen gewisse Erlasse Einspruch erheben. Welches öffentliche Interesse liegt beispielsweise dafür vor, daß der militärische Befehlshaber in Glogau die Beschäftigung von Reservisten unter fünfzig Jahren verbietet. Wir geraten in russische Zustände hinein. (Lebh. Zusp. b. d. Soz. U.) es wird von der Zensur geradezu genützt in den Reichstagsarbeiten. Die gerichtliche Verfolgung der Abgeordneten, die wir jetzt erleben, hängt damit zusammen. Jetzt mischt sich die Zensur schon in

die inneren Zwistigkeiten der sozialdemokratischen Partei.

Das Auswärtige Amt stellt sich auf die Seite der Majorität. Dr. Dertel, der die Unterdrückung der liberalen Zeitungen auheißt, verlangt Freiheit nur für die Annetionspolitiker. Diese Propaganda muß aber zur Verlängerung des Krieges führen. Wir fordern dagegen die Befreiung der Zensur und des Belagerungszustandes, damit dem Volke die Freiheit gegeben wird, seine Stimme zu erheben für einen Frieden ohne Annetionen, der dem Blutvergießen endlich ein dauerndes Ende bereitet. (Beifall b. d. Soz. U.)

Staatssekretär Dr. Helfferich: Zu meinem Bedauern muß ich feststellen, daß die Zweifel, die ich in der letzten Sitzung an der Nützlichkeit und Erspriechlichkeit solcher Debatten geäußert habe, durch den weiteren Fortgang der Debatte hier bestätigt worden sind (Oh! bei den Soz.) durch die Rede, die eben der Abg. Stadthagen gehalten hat, aber auch durch die Rede des Abgeordneten v. Graefe. (Zustimmung und Zurufe.) Ich will mich auf die Einzelheiten, die der Abgeordnete Stadthagen vorgebracht hat, nicht einlassen, auch nicht auf den „Vorwärts“-Artikel von gestern, den ich auch gelesen und empörend und aufreißend gefunden habe (Widerspruch bei den Soz.), auch nicht auf seine Ausführungen über die Disziplin in der Steuerfrage. (Mit Nachdruck!) Ich habe festgestellt, daß wo überhaupt sich mir Gelegenheit bot, Wünsche zu äußern, ich sie geäußert und die Freiheit der Diskussion durchgesetzt habe. Ich hätte mehr Dank dafür verdient, nicht derartige Angriffe. Wenn der Abgeordnete v. Graefe glaubt, daß er mit seiner Rede dem Vaterlande einen Dienst geleistet hat, tritt er sich. (Zustimmung.) Es geht nicht an, in die Kritik, die wir üben, der Regierung vorzuwerfen, daß sie nach allen Seiten Schwäche zeige, und Andeutungen zu machen, daß sie uns auf den Weg nach Delmütz führt. (Zustimmung und Zurufe.)